Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 80 (1983)

Heft: 1

Artikel: Sozialstaat Schweiz am Wendepunkt?

Autor: Reck, Oskar

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-838731

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sozialstaat Schweiz am Wendepunkt?

Referat von Herrn Oskar Reck, Publizist, Basel, gehalten am Fortbildungskurs für Mitarbeiter und Behördenmitglieder der Schweiz. Konferenz für öffentliche Fürsorge in Weggis, 30. 9.–2. 10. 82

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren

Der Ort, in dem Sie bis heute getagt haben, war vor 40 Jahren Bestandteil des Réduit National. Hierhin hatten sich die schweizerischen Truppen zurück- und zusammengezogen, um notfalls einen Abwehrkampf mit Chancen führen zu können. Aber wir haben in dieser Truppe nicht nur über Militärisches gesprochen, sondern sehr viel auch über die Zukunft unseres Landes, und diese sah 1943/44 eher düster aus. Zwar hatten wir genug zu leben, aber wir waren von einer grossen aussenpolitischen und einer noch grösseren wirtschaftlichen Sorge bedrückt.

Aussenpolitisch: Die Schweizer selber haben sich in diesem Aktivdienst immer als Igel begriffen. Aber die siegreichen Alliierten hatten Brehms Tierleben anderswo aufgeschlagen: Sie empfanden diese neutralen Kleinstaatler eher als graue Mäuse, die man nach diesem Krieg im mindesten isolieren sollte. Mit gebührend belegter Stimme belehrten uns die Ökonomen darüber, dass die wirklich schwierigen Zeiten für die schweizerische Eidgenossenschaft erst nach dem Krieg anbrechen würden: Arbeitslosigkeit, Vermögensabgabe, tiefe soziale Risse durch das Land, vielleicht eine brutale Ellbogengesellschaft, die sich mit der Folge einer zunehmenden Verelendung ausbreiten werde. Wir hingen auch an den Starprognostikern jener Jahre mit der gebührenden Gläubigkeit. Nur eben, es kam dann alles ganz anders. Es passiert ja auch Nationalökonomen bisweilen, dass ihre Prognosen sanft daneben liegen. Und das war diesmal unser Glück.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebten wir das genaue Gegenteil dessen, was uns alle bedeutenden Volkswirtschafter gepredigt hatten. Es gab einen ungeheuren Boom, und dieser Boom erklärte sich daraus, dass die Schweiz eine völlig intakte Infrastruktur in einem zerstörten Kontinent hatte, und auch daraus, dass es einen gigantischen Nachholbedarf auf diesem zerschlagenen Kontinent gab, aber auch einen riesigen Nachholbedarf im Lande selbst. Schon wenige Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges begannen wir, mit der Alters- und Hinterlassenenversicherung eines unserer grossen Sozialwerke zu begründen. Jahrzehntelang vorher hatte man sich darum vergeblich bemüht. Nun war das Terrain vorbereitet. Wir wuchsen in eine ungeheure, ja geradezu ungeheuerliche Hochkonjunktur hinein, eine Hochkonjunktur, von der viele unter uns glaubten, dass sie nie mehr zu Ende gehe. 1956 hat ein weiser Mann, der spätere Bundesrat Wahlen, an der ETH in Zürich einen Vortrag unter dem sehr kennzeichnenden Titel «Hochkonjunktur und Menschenwürde» gehalten. Ausser der Anbetung der Wachstumsrate, meine Damen und

Herren, muss es ganz offenkundig in einer Gesellschaft noch etwas anderes geben. Das Erwirtschaften ist eine sehr schöne Sache, aber es braucht auch moralische Verstrebungen, und Wahlen war einer der ersten, der uns damals das Stichwort gab, dass die Raffkes in der schweizerischen Eidgenossenschaft dieses Land vermutlich nicht ans richtige Ziel brächten.

Es gab dann Einbrüche anderer Art. Schon in den frühen 60er Jahren wurde man sich darüber klar, dass wir unsere Umwelt unmässig zu belasten und zu verschmutzen begannen. Es dauerte dann, wie üblich vor schweizerischen Problemen, ein Jahrzehnt, bis man sich das Problem überhaupt genau bewusst gemacht hatte, und endlich versuchte man, es zu erfassen, es zu konkretisieren, es zu lösen. Das waren die 60er, der Beginn der 70er Jahre, und nun geschah etwas, das uns erstmals seit langem ziemlich grundlegend erschütterte: die Rezession. Da wurde sich plötzlich jedermann völlig klar darüber, dass die Dinge nicht einfach weiterlaufen, dass es da keinen Automatismus des Wohlstandes – auch für die Schweiz nicht – gibt, dass wir möglicherweise, unter sehr viel schwierigeren Voraussetzungen, diesen Sozialstaat halten müssen, dass wir nicht mehr, wie bisher, verteilen können, weil es immer weniger zu verteilen gibt, und dass wir vermutlich andere Akzente setzen müssten.

Doch was damals zu erleben war, in diesem ersten Schwächeanfall der Wirtschaft um 1975, hat sich seither verstärkt. Wir blicken pessimistisch in die Zukunft. Es ist, als ob wir am ganzen Achill nur noch der Ferse gewahr würden. Wir kommen uns gelegentlich vor als Zwerge in einem für Riesen geschriebenen Stück. Wir haben ein bedrückendes Gefühl der Unsicherheit, vor allem nach aussen. Und es ist ja in der Tat so, dass die Schweiz auf eine unvorstellbare Art an ihre Umwelt gekettet ist. Machen wir uns klar, meine Damen und Herren, dass fast die Hälfte dessen, was wir an Erträgen, an Einkünften in unserem Land beziehen, im Ausland erwirtschaftet worden ist? Machen wir uns klar, was grosse wirtschaftliche und finanzielle Erschütterungen für dieses Land bedeuten würden? Da gibt es schon Gründe, bei Achilles vorwiegend auf die Ferse zu blicken. Aber es existiert noch eine andere Seite der Ungewissheit, und von der möchte ich besonders nachdrücklich sprechen, weil sie sich auf das eigene Land bezieht.

In welcher innenpolitischen Lage befinden wir uns? Wenn Sie die letzte Session der eidgenössischen Räte mitverfolgt haben, dann erlebten Sie den alten, klassischen Routineablauf helvetischer Politik. Man hatte nicht den Eindruck, als ob es überhaupt Probleme gäbe, die das übliche Landesmass überschreiten könnten. Im Verlaufe der Jahrzehnte haben wir eine Paragraphen-Kathedrale erbaut: etwas Monumentales, das wir sozialen Rechtsstaat nennen. Aber die Andacht will nicht so recht aufkommen in dieser Kathedrale. Wir sind eher ein wenig verängstigt, bedrängt und verdrossen. Mit einem französischen Lehnwort sprechen wir vom Malaise. Doch die Dinge laufen vorläufig noch immer so, wie sie immer gelaufen sind, und es war in den eidgenössischen Kammern fast mit Händen zu greifen, wie sehr man in Bern in Legislaturperioden zu denken pflegt. Es sind diese ganz kleinen Zeitabschnitte, innerhalb derer wir unsere Probleme vor uns hin schieben, und zwar einfach deshalb, weil es ja wieder Wahlen gibt und dann vier Jahre vergehen,

bis die nächsten folgen. Das sind die Kadenzen, innerhalb derer wir Politik machen. Die ganze Problematik dieser Politik ist in vier Phasen zu gliedern.

Die erste Phase besteht darin, dass wir künftige Probleme überhaupt zu wittern beginnen. Und dies ist in aller Regel die Sache von Aussenseitern. Man blickt immer auf die Mitte dieses Landes: aber die Peripherie, meine Damen und Herren, ist just in schwierigen Zeiten oft bemerkenswerter. Von dort nämlich kommen die Ideen und nicht aus der gepriesenen Mitte. Dann werden diese Anregungen aufgenommen und Gegenstand breiter Diskussionen. Das ist die zweite Phase. Anschliessend folgt die dritte, in der sich die traditionellen Parteien dieser aktualisierten Probleme annehmen und sie womöglich zu Wahlschlagern machen. Es sind bedeutende neue Themen, und jede Partei nimmt mit Selbstverständlichkeit für sich in Anspruch, diese Thematik zutage gefördert zu haben. Es folgt zuletzt die sehr ernüchternde vierte Phase, in der dies und jenes zustande kommt, wenn nicht die Zeit bereits über das noch eben brisante Thema hinweggeschritten ist.

Hier und jetzt möchte ich freilich von einem Problem sprechen, das nicht unter den Tisch fallen kann. Ein Schweizer Sozialhistoriker, Arthur Imhof, der derzeit an der Freien Universität in Berlin lehrt, hat unter dem Titel «Die gewonnenen Jahre» ein höchst bemerkenswertes Buch geschrieben. Er untersuchte 300 Jahre Menschheitsgeschichte in Hinsicht auf den Wandel der Lebenserwartung. Es ist ungeheuer: Wir leben heute in einer vollkommen andern Gesellschaft. Man kann sich auf Grund der Statistiken in diesem Buch klarmachen, wie enorm dieser Wandel ist. Bedenken wir doch zum Beispiel nur, dass im Durchschnitt der heutige Mensch mehr als doppelt so alt wird wie zur Zeit der schweizerischen Bundesstaatsgründung, vor mehr als hundert Jahren also. Natürlich bleibt einzurechnen, dass die bedeutende Minderung der Säuglingssterblichkeit daran einen wesentlichen Anteil hat. Dennoch ist die Frage des Historikers berechtigt: Werden wir eigentlich fertig mit diesen gewonnenen Jahren? Wenn früher vor Brautleuten gesagt wurde, «bis dass der Tod Euch scheidet», hatte dies eine ganz andere Bedeutung als heute. Was hiess es im 18. Jahrhundert, wenn man «lebenslänglich» sagte? Vielleicht im äussersten Falle zwei Jahrzehnte. Heute können wir den Begriff juristisch gar nicht mehr verwenden: wir reduzieren ihn im vorneherein. Eine Frau, die ehedem ihr letztes Kind gebar, hatte noch ein Drittel ihres Lebens vor sich. Heute hat eine Frau, die ihr letztes Kind gebiert, im Durchschnitt noch zwei Drittel ihrer Jahre vor sich. Und zu fragen ist: Was will sie damit machen? Was kann sie damit machen? Was darf sie damit machen? An diese Frage lässt sich die schlichte Feststellung fügen, dass es heute mehr Scheidungskinder als Waisenkinder gibt.

Darf ich Sie auch daran erinnern, dass nicht nur anders, in ganz andern Dimensionen gelebt wird, sondern auch anders gestorben? Das Sterben im Familienkreis, das Sterben an Infektionskrankheiten von kurzer Dauer war einmal die Norm. Heute sind es die Kreislaufkrankheiten und der Krebs, die zu zwei Dritteln die Todesursachen ausmachen. Leidenszeiten werden medizinisch kunstvoll verlängert, und das Ende findet sehr häufig im Badezimmer eines Spitals statt. Man ist dort isoliert, und niemand ausser den Ärzten

braucht einen Sterbenden zu sehen. Wir haben eine andere Beziehung nicht nur zu einem verlängerten Leben, sondern auch eine andere zum Sterben. Im Grunde ist gar nicht zu verkennen, dass sich hier ein anonymer, lautloser gesellschaftlicher Prozess abspielt, der eines Tages in die Politik einbrechen wird. Und dies ist nur eine Frage der Zeit. Wir müssen uns mählich bewusst machen, dass der soziale Rechtsstaat zwar ein Begriff ist, zu dem wir uns alle von Herzen bekennen, dass aber dieser soziale Rechtsstaat in beiden Komponenten, im Sozialstaat und im Rechtsstaat, eine variable Grösse ist, Sozialpolitik von vorgestern also nicht mehr Sozialpolitik von übermorgen zu sein braucht und es meist auch nicht mehr sein wird. Wir müssen also, wenn wir mit unserer sozialen Problematik fertig werden wollen, uns immer wieder vergegenwärtigen, wie sich denn eigentlich die Dinge geändert haben, und welche Sozialpolitik einer veränderten Gesellschaft angemessen ist.

Was stellen wir heute fest? Dass wir nur noch sehr wenig verteilen können und wir also mit Mass vorgehen müssen; dass wir uns nicht in Bereiche verzetteln dürfen, die zweit- und drittrangig sind. Und etwas vor allem möchte ich Ihnen mitgeben: Ich habe an diesem Entwicklungsprozess zu zeigen versucht, wie tiefgreifend der Wandel ist. Diesen Prozess werden wir nur bewältigen können im Rahmen unserer Fähigkeit, dieses Land der Reform und den Reformen offenzuhalten. Stabilität und Zementierung sind nicht dasselbe. Wir möchten gedeihliche Fortentwicklungen haben. Das aber gelingt uns nicht, wenn wir den Rechtsstaat als eine ein für allemal gegebene Grösse halten und den Sozialstaat ebenfalls. Wir müssen auf die Substanz sehen und uns klarmachen, was wir in beiden Fällen brauchen, wo wir revidieren müssen, wo wir vielleicht bei rechtsstaatlichen Auswüchsen auch wieder einmal abbauen können, und wo möglicherweise im Sozialstaat Umlagerungen nötig werden. Das ist noch längst nicht die befürchtete soziale Demontage, die wir nicht wollen und auch nicht wollen können. Wir wollen auch keine Ellbogengesellschaft, weil wir in unserem Kleinstaat elementar auf Solidarität angewiesen sind. Auf etwas anderes allerdings nicht minder: auf die lebendige Auseinandersetzung über die wahrhaft wesentlichen Probleme unserer Gemeinschaft.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.